

Und wenn Du nicht mehr weiterweißt, dann gründe einen Arbeitskreis“ – jeder von uns kennt dieses geflügelte Wort der deutschen Sprache mit dem gefälligen Reim. Der Spruch wird gerne als ein humorvoller, ironischer oder durchaus auch selbstkritischer Hinweis benutzt, wenn in Situationen, in denen Entscheidungen einfach nicht locker von der Hand gehen, weil die Probleme komplex sind, ein Gremium oder eine Arbeitsgruppe gebildet wird, um das Problem zu bearbeiten und im besten Fall sogar zu lösen. Dieser uralte Kniff, Verantwortung zu delegieren, kann durchaus gelingen, geht aber auch oft schief. Nicht selten gibt es zwischen den Mitgliedern einer solchen AG unüberwindbare Konflikte, die zum Abbruch der gemeinsamen Arbeit führen. Oder es kommen nach endlosen Verhandlungen bei der krampfhaften Suche nach dem gemeinsamen Nenner eher nutzlose Kompromisse heraus; vielleicht

KOLUMNE



Dr. Stefan Arend, Sozialmanager,
Publizist und Netzwerker

Die Pflege muss endlich mit einer Stimme sprechen!

So sieht's
AREND

weil man eben gerade das manchmal notwendige Streiten für die beste Lösung vermeiden wollte. Man kennt das! Arbeitskreise zu komplizierten Fragestellungen haben es wahrlich in sich.

In Sachen Pflegeversicherung können wir dieses eingeübte Schauspiel der geteilten Verantwortung auf der sozialpolitischen Bühne bald wieder einmal erleben. Denn gemäß dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wird eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf Ministerebene unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände die Grundlagen für eine „große Pflegereform“ erarbeiten. Und damit diese Arbeitsgruppe nicht nach Lust und Laune und womöglich auch noch freischwebend agiert, umreißt der Koalitionsvertrag den Arbeitsauftrag mit neun inhaltlichen Spiegelstrichen; vom „Leistungsumfang“ über „Anreize für eigenverantwortliche Vorsorge“ bis hin zur „Begrenzung der pflegebedingten Eigenanteile“. Das alles soll bis Jahres-

ende 2025 erledigt werden. Da bleibt nicht viel Zeit für diese Mammutaufgabe, an der sich bereits einige Bundesregierungen die Zähne ausgebissen haben und so manche wohlformulierte Passage zur Pflege aus den Koalitionsverträgen schnell Makulatur wurde.

Beim neuen Anlauf für eine „große Pflegereform“ sitzen also Bund, Länder und Kommunen an einem Tisch. Damit stoßen nicht nur die deutlich divergierenden Positionen zur Organisation und Finanzierung von Pflege aufeinander, sondern auch die recht unterschiedlichen Programme der in der AG vertretenden Parteien. Nur mit größter Disziplin und einem starken Verantwortungsbewusstsein wird das Gremium im Stande sein, in der kurzen Frist, die zur Verfügung steht, die Aufgabe zu erledigen.

Wie werden sich die Träger von Pflegeeinrichtungen und ihre Verbände verhalten? Bombardieren sie die Regierung und die Arbeitsgruppe weiter

mit ihren Positionspapieren und Katalogen von Forderungen, die keiner mehr sehen und lesen mag? Üben sie sich weiter in den uralten Grabenkämpfen zwischen privaten, kommunalen und frei-gemeinnützigen Betreibern und den entsprechenden Fachverbänden? Schmälern sie weiterhin ihre an sich enormen Einflussmöglichkeiten durch Kleinstaaterei, konfessionelle Scheuklappen und alte Mythen und Vorurteile zum wirtschaftlichen Agieren in der Sorgearbeit? Hoffentlich nicht!

Denn das Gebot der Stunde muss für die Träger und Verbände der Pflegebranche mit Blick auf den enormen zeitlichen Druck, mit dem die neue Pflege-AG nach Koalitionsvertrag agieren wird, heißen: Zusammenrücken und unterhaken, und zwar sofort, mit einer Stimme sprechen, damit überhaupt die Chance besteht, gehört zu werden. Die Zeiten des vielstimmigen Trägerchors mit so manchen hörbaren Dissonanzen sind (endgültig) vorbei!